

# Trittbrettfahrer in Amt und Würden

**Die TechnokratInnen der Repression reiben sich die Hände: Nach den Anschlägen in den USA gilt in Europa und besonders in Deutschland die Devise »Anything goes«. Ein Vierteljahrhundert nach dem »Deutschen Herbst« heißen die Trends plötzlich wieder Rasterfahndung und Lauschangriff, und niemand kann sicher sein, kein Terrorist zu sein.**

**Ginge man streng** nach dem Prinzip »cui bono?« (»Zu wessen Nutzen?«) vor, dann müsste man die Urheber der Anschläge in den USA im Brüsseler Ratsgebäude, in den Büros der EU-Kommission und den Innenministerien der Mitgliedsstaaten suchen. Denn hier sitzen die leitenden BeamtInnen, die sich jetzt freuen, all ihre Projekte zur Überwachung und Repression, zur Umschaltung aller Polizeien und Geheimdienste und zur Kriminalisierung von linkem Widerstand im Eilverfahren durchziehen zu können.

Scheinbar geschieht all dies unter dem Druck der Ereignisse, doch in Wahrheit ist die neue Offensive an der Inneren Front von ebenso langer Hand vorbereitet, wie es die mörderischen Anschläge in den USA waren.

Allein, was in der EU zur Zeit diskutiert wird, reicht aus, um aus Europa einen Polizeistaat mittlerer Ordnung zu machen: Da werden DemonstrantInnen zu TerroristInnen gestempelt, sobald sie es wagen, ein Gebäude zu besetzen oder gar Staatseigentum (zum Beispiel Polizei-Autos) zu zerstören. Mit dem europäischen Haftbefehl wird der rechtliche Schutz für Verhaftete automatisch dem jeweils niedrigsten in einem Mitgliedsland geltenden Niveau angepasst. Und in verschiedenen Arbeitsgruppen, gemischten Ermittlungsteams und informellen Zusammenschlüssen sollen Polizei und Geheimdienste eng verzahnt werden, so, wie es bislang noch in jedem autoritären Staat der Fall war. Während in Deutschland die Union bereits plant, die Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, gibt sich Rot-Grün gemäßigt und will nur die im Zentralregister nationalsozialistischen Andenkens erfassten Ausländer aufs Korn nehmen. Dazu passt, dass auch die Kronzeugenregelung wieder auferstehen soll – sie war nie mehr und nie weniger als das Bekenntnis des Rechtsstaats, dass er sich selber nicht so ganz ernst nimmt.

Keine Frage: Die Anschläge in den USA stellen einen neuen Höhepunkt des internationalen Terrors dar. Allein schon

wegen der Gefahr, die vom Terrorismus islamistisch-antisemitischer Prägung für hunderte von Millionen Menschen ausgeht, muss dieser bekämpft werden. Die innenpolitische Repressionswelle dient aber diesem Ziel ebenso wenig wie der Krieg in Afghanistan.

Im Eilverfahren treiben sie die Gesetzesvorhaben durch die europäischen Institutionen. Auf vielen Gebieten – etwa beim mangelnden Zeugenschutz oder bei der Sondergesetzgebung für »Terroristen« – übernimmt die EU dabei rechtsstaatliche Standards, die aus der Bundesrepublik des »Deutschen Herbstes« 1977 stammen und weit unter den rechtlichen Garantien der anderen EU-Staaten liegen. In Deutschland sorgt man gleichzeitig dafür, dass man weiterhin Avantgarde bleibt: Zackig marschiert die rot-grüne Koalition – Innenminister Otto Schily im Kantherschen Stechschritt voran – in eine Zukunft, welche die trügerische Sicherheit eines preußischen Kasernenhofs bieten wird. Längst vergessen geglaubte Relikte der bleiernen Zeit wie die Rasterfahndung gehören aufs Neue zum Repertoire der Ermittlungsbehörden. Bald schon sollen sie durch moderne Methoden wie Überwachungskameras, Biometrie, Gen-Datenbanken und flächendeckendes Abhören der elektronischen Kommunikation zu einem Netz totaler Rundum-Überwachung verwoben werden. Verbrechen, scheint das Kalkül der EU-SicherheitsfanatikerInnen zu lauten, werden in unbeobachteten Momenten geplant – also sollen diese Momente systematisch eliminiert werden.

Das ist auch ein wunderbares Rezept für die Errichtung einer Diktatur. Schlussfolgerungen, die man einst aus den

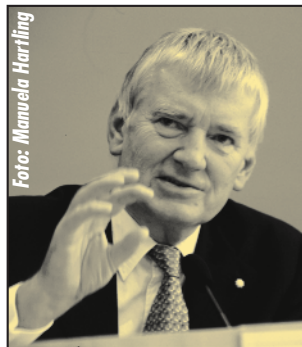


Foto: Manuela Harrling

**Merken Sie sich das Gesicht dieses Mannes. Denn er kennt auch Ihr Gesicht. Mehr zu biometrischen Verfahren in Denkpause 13: »Biometrische Verfahren ermöglichen Totalüberwachung« <http://www.ilka.org/material/denkpause/denkpause13c.html>**

**Auch Castor-Blockierer-Innen sind TerroristInnen**

Erfahrungen des Nationalsozialismus zog, gelten nicht mehr viel in diesen Tagen. Die Trennung von Polizei und Geheimdiensten, die in der BRD 50 Jahre lang weitgehend praktiziert wurde, weil die Siegermächte verhindern wollten, dass eine neues Reichssicherheitshauptamt entsteht, wird aufgehoben, denn mit vereinten Kräften muss es jetzt gegen den Terrorismus gehen. Schädelmessungen (die jetzt elektronisch durchgeführt werden und deswegen

Gesichtserkennung heißen) erleben eine Wiedergeburt, und das Ausländerzentralregister soll als Zentralkomponente der Rasterfahndung noch häufiger als bisher konsultiert werden – vergessen, dass die Nazis die schon vor der Machtübernahme angelegten Karteien der so genannten Zigeunerleitstellen für die Vernichtung der Sinti und Roma gebrauchten. So sieht Revisionismus in der Praxis aus.

Während die Repression in Deutschland (und mit dem neu aufgelegten »Plan Vigipirate« auch in Frankreich) ethnisiert wird, richtet sie sich auf EU-Ebene in erster Linie gegen soziale Bewegungen. Der Rahmenbeschluss des Europäischen Rates »zur Terrorismusbekämpfung« erreicht sein vorgebliches Ziel ausschließlich

dadurch, dass er tausende von Demonstrierenden zu TerroristInnen erklärt und mit Sonderstrafen belegt. Auch so lassen sich Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus erzeugen. In Artikel 5 des Rahmenbeschluss-Entwurfs ist festgelegt, wer als »Terrorist« gilt. Das ist demnach schon, wer bei einer Demonstration mit Staatseigentum so rüde umspringt, dass dieses dabei Schaden erleidet. Auch wer sich auf einer Straße oder einer Eisenbahnstrecke niederlässt, um den

► Fortsetzung auf Seite 6

**In Frankreich** nützt die Regierung die aktuelle Krisensituation aus, um ein »Gesetz über die Sicherheit von Informationen« durchzudrücken, das genau das Gegenteil erreicht: Die Weitergabe von Kryptographie-Software soll unter staatliche Kontrolle genommen werden. Dort findet eine linke Diskussion über die aktuelle Repressionswelle statt, die sich einer regen Beteiligung erfreut. Zum Beispiel bei <http://www.france.indymedia.org>

**Die USA** haben ein Gesetz, den »PATRIOT Act«, erlassen, der der Polizei zahlreiche neue Vollmachten einräumt und vor allem die Möglichkeiten zur Überwachung und zum Abhören von Datenverkehr ausweitet. Anders als in Europa ist das Gesetz aber mit einer zweijährigen »Verfallsdauer« versehen.

**In Australien** verabschiedete das Parlament am 27. September ein Cybercrime-Gesetz, das für »computerbezogene Straftaten« bis zu zehn Jahre Gefängnis vorsieht. Die Innen- und Justiz-Staatssekretäre des Europarats hatten ihre eigene Cybercrime-Konvention schon am acht Tage vorher durchgewunken; zu früh, um sie als Reaktion auf die Anschläge in den USA verkaufen zu können. Endgültig verabschiedet werden soll das Abkommen am 8. November – dann kann man argumentativ noch einmal nachlegen.

**In Russland** sollen Personen, die des Terrorismus oder der organisierten Kriminalität verdächtigt werden, bis zu 30 Tage ohne formelle Anklage und ohne Kontakt zu einem Anwalt festgehalten werden dürfen.

**In Großbritannien** sollen des »Terrorismus« Verdächtige keinen Asylantrag mehr stellen dürfen.

**Der Chaos Computer Club** betreibt unter <http://chaosradio.ccc.de/cr66.html> ein Webradio, das sich vor allem die Konstruktion der derzeitigen Spannungssituation zum Thema gemacht hat.

**Ilka Schröder** zur Inneren Sicherheit, insbesondere »Privacy im Internet«: <https://www.ilka.org/themen/infotech.html>

**Presseerklärung Ilka Schröder** 21.09.2001 zu »Anti-Terror-Gipfel in Brüssel: Die Toten werden instrumentalisiert« <http://www.ilka.org/presse/pms46.html>

**Presseerklärung Ilka Schröder** 13.09.2001 zu »CIA hat Taliban gefördert – Geheimdienste abschaffen« <http://www.ilka.org/presse/pms45.html>

Verkehr zu behindern, macht sich damit zum Terroristen oder zur Terroristin: »Widerrechtliche Inbesitznahme oder Beschädigung einer staatlichen oder Regierungseinrichtung, eines öffentlichen Transportmittels, einer Infrastruktur-Einrichtung, eines öffentlichen Ortes oder öffentlichen Eigentums« heißt das neue Delikt. Die Höchststrafe dafür darf künftig in keinem EU-Staat mehr unter fünf Jahren liegen.

Wer jetzt darauf hofft, die Arrestzellen der Berliner Polizei könnten im nächsten Sommer unter dem Ansturm von einer Million Love-Parade-BesucherInnen zusammenbrechen, hat sich allerdings getäuscht. Es muss schon die Absicht vorliegen, **SympathisantInnen auch einsperren** »die politischen, ökonomischen oder sozialen Strukturen eines Landes ernsthaft zu verändern«, heißt es im Entwurf der EU-Kommission zum Rahmenbeschluss. Sollte allerdings am 6. Dezember beim Treffen der Europäischen Innen- und JustizministerInnen in Brüssel der Terrorismus-Rahmenentwurf in der Form angenommen werden, die am 10. Oktober neu auftauchte, dann könnte es doch eng werden für die Love Parade: Anstatt »ernsthaft verändern« heißt es jetzt »ernsthaft beeinflussen«. Es hat Zeiten gegeben, da wurde das als das Wesen der real-existierenden Demokratie ange-

sehen: Dass jedeR die Möglichkeit hat, die politischen Strukturen zu beeinflussen.

Eine deutsche Spezialität hat man mit dem Absatz 5 (m) des EU-Rahmenentwurfs aufgenommen: Demnach wird mit einer Höchststrafe von sieben und mehr Jahren nicht nur belegt, wer Mitglied einer »terroristischen« Gruppe ist, sondern auch, wer eine solche unterstützt oder fördert.

Unterstützung ist ein weites Feld. Zählt dazu schon, die Isolationshaft für RAF-Gefangene in Deutschland als Folter zu bezeichnen, wie es amnesty international getan hat?

Auf jeden Fall sollte sich niemand mehr in Sicherheit fühlen, weil die Regierung im eigenen Land vielleicht relativ liberal ist und die neuen Gesetze schon nicht ausreizen wird: Mit dem Europäischen Haftbefehl, der gleichzeitig verabschiedet wird, kann jedeR ohne weitere Komplikationen oder Einspruchsmöglichkeiten an das Land ausgeliefert werden, das sich als zuständig ansieht: Dann können DemonstrantInnen, die zum Beispiel gegen ein Gipfeltreffen in einer italienischen Stadt demonstriert haben, an das

Wenn Sie Ihr Abonnement der Denkpause beenden wollen, schreiben sie bitte eine Mail an [abodatei@ilka.org](mailto:abodatei@ilka.org) oder werfen Sie die Ausgabe mit durchgestrichenem Adressfeld und Vermerk »Zurück – Annahme verweigert« wieder in den Briefkasten.

dortige Regime ausgeliefert werden, auch wenn sie in ihrem Heimatland als eindeutig unschuldig angesehen würden. Für eines haben die EU-Regierungschefs, ihre MinisterInnen und Erfüllungsgehilfinnen in Brüssel auf jeden Fall gesorgt: Der Vorrat an TerroristInnen wird in den nächsten Jahren nicht ausgehen. Und wenn den gewaltigen Konglomeraten aus Polizeien und Geheimdiensten, die zur Zeit organisiert werden, den justiziellen Netzwerken und verdeckten ErmittlerInnen doch einmal die Arbeit ausgehen sollte, dann müssen gar keine neuen Gesetze erlassen werden: Man legt die alten einfach ein bisschen rigider aus, und schon gibt es tausende von neuen Fällen. ■

## EP feiert den Dalai Lama

**Ilka Schröder: Bad Religion. Dalai Lama soll im EP empfangen werden.**  
aus: Denkpause 14.  
<https://www.ilka.org/material/denkpause/denkpause14h.html>

**Noch als zu optimistisch** haben sich meine Befürchtungen bezüglich des Besuchs des Dalai Lama erwiesen. In der letzten Denkpause hatte ich geschrieben, er solle als »geistiges Oberhaupt« der Gelbmützen-Buddhisten vor dem Europäischen Parlament sprechen. Das hatte die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden auch so beschlossen, insbesondere die Parlamentspräsidentin Nicole Fontaine (EVP) und der konservative Fraktionsvorsitzende Poettering (EVP) legten darauf Wert. Letztendlich wurde der Besuch dann aber doch als Staatsbesuch verstanden. Die Direktion für Presse des Europäischen Parlaments schrieb in ihrer Ankündigung: »Der 14. Dalai Lama, Tenzin Gyatso, ist Chef der tibetischen Exilregierung und Staatsschef im Exil. Er residiert seit 1960 in nord-indischen Dharamsala. Er ist außerdem geistliches Oberhaupt einer der vier Hauptströmungen...«. Mit den meisten Mitgliedern meiner Fraktion GUE/NGL habe ich das Plenum vor der Rede des Dalai

Lama verlassen. Die demokratische Legitimation vieler RednerInnen im Europäischen Parlament – z.B. EU-KommissarInnen – ist schon relativ niedrig. Ein Parlament, das sich dann auch noch den im Kleinkindalter von einer religiösen Suchtruppe auserwählten Dalai Lama anhört und mit anhaltendem Applaus feiert, macht sich bestenfalls lächerlich, realistisch gesehen aber

auch zum Verbündeten der in der letzten Denkpause näher beschriebenen Gelbmützen-Herrschaft. Die Nachrichtenagentur AP schreibt berechtigterweise, daß das Europäische Parlament als »großer Unterstützer einer Unabhängigkeit Tibets« gelte. ■



### Termine

☛ **09.11. – 11.11.2001, Berlin**

Seminar »Marxismus und Radikaldemokratie«  
JungdemokratInnen Berlin

☛ **09.11. – 13.11.2001, Doha (Katar)**

WTO-Konferenz in Doha, Katar  
[www.wtoaction.org](http://www.wtoaction.org)  
[www.nowto.org](http://www.nowto.org)

☛ **12.11 – 16.11.2001, Wendland und bundesweit**

Castor-Transport  
<http://www.oneworldweb.de/castor/welcome.html>  
<http://www.x1000malquer.de>

☛ **25.11.2001, Neuss, NRW**

Demo gegen den Frauen-Abschiebeknast  
[www.jungdemokratinnen.de](http://www.jungdemokratinnen.de)

☛ **30.11. – 02.12.2001, Berlin**

Seminar »Medientheorie. Medien-Macht-Politik. Die Funktionsweise der Massenmedien«

JungdemokratInnen Berlin  
Fon (0 30) 24 72 97 47

☛ **13.12. – 15.12.2001, Laeken**

EU-Gipfel in Laeken bei Brüssel  
[www.bruxxel.org](http://www.bruxxel.org)

# Denkpause

- Frieden mit den Tätern S. 2
- Trittbrettfahrer in Amt und Würden S. 5
- EP feiert den Dalai Lama S. 6
- Termine S.6

06.01  
05.11.01  
Nr. 15

So stellt sich die EU ihre Zivilgesellschaft vor

## Frieden mit den Tätern



Foto: Manuela Hartling

Das Entstehen einer neuer Friedensbewegung in den EU-Staaten ist nach dem Ausbleiben machtvoller Demonstrationen zum Angriff auf Jugoslawien eine interessante Kehrwende. Viele auf den Protestveranstaltungen vorgebrachten Kritiklinien richten sich allein gegen die USA und sind so willkommene Unterstützung für eine EU, die sich als antiamerikanischer Machtblock profilieren will. Die oft fehlende Distanz zu islamistischen Bewegungen ist eine gemeinsame Eigenschaft von vielen DemonstrantInnen und Regierungen in der EU. [mehr... Seite 2]

EU im Terror-Fieber – Aufwind für Grundrechteabbau

## Trittbrettfahrer in Amt und Würden

[mehr... Seite 5]

EP feiert den Dalai Lama

[mehr... Seite 6]

### Lieber LeserIn,



diese Ausgabe meines Infomagazins hat etwas länger auf sich warten lassen als ursprünglich geplant. Nach einer längeren

»Denkpause« ist vieles herausgekommen, was für mich schon vorher feststand. Seit langem habe ich gegen die Unterstützung des völkisch-separatistischen Terrorismus in Kosovo, Albanien und Mazedonien agitiert. Erst die letzte Ausgabe (für welche die Druckmaschinen vor dem 11.09. angeschaltet wurden) beinhaltet Kritik an der Toleranz eines EU-Abgeordneten für den korsischen Terrorismus.

In der Frage der Inneren Sicherheit erlaube ich mir in dieser Denkpause eine umfassendere Kommentierung, als über die aktuelle außenpolitische Lage, in der sich in den zehn Tagen zwischen Redaktionsschluss und Postauslieferung viel ändert – zu viel. Aber in den deutschen und europäischen Tageszeitungen hat man kritische Kriegsberichterstattung glücklicherweise nicht verlernt, zumindest nicht wenn es um einen Krieg ohne die Beteiligung Deutschlands und der EU an prominenter Stelle geht. Als Vorgesprcher der deutschen Linksliberalen hat sich ja sogar Jürgen Habermas ins pazifistische Lager zurückgemeldet. Die militärische Reaktion der USA auf die islamistischen Attentate lehnt er ab. Das ist in Ordnung. Doch wer vom dritten deutschen Angriff auf Jugoslawien am Ende des letzten Jahrhunderts begeistert war, der wird unglaublich, wenn er für die Kehrtwende grundsätzliche humanitäre, antimilitaristische oder pazifistische Motive vorbringt.

Ihre Ilka Schröder



Foto: Manuela Hartling

So stellt sich die EU ihre Zivilgesellschaft vor

# Frieden mit den Tätern

**Das Entstehen einer neuer Friedensbewegung in den EU-Staaten ist nach dem Ausbleiben machtvoller Demonstrationen zum Angriff auf Jugoslawien eine interessante Kehrtwende. Viele auf den Protestveranstaltungen vorgebrachten Kritiklinien richten sich allein gegen die USA und sind so willkommene Unterstützung für eine EU, die sich als anti-amerikanischer Machtblock profilieren will. Die oft fehlende Distanz zu islamistischen Bewegungen ist eine gemeinsame Eigenschaft von vielen DemonstrantInnen und Regierungen in der EU.**

**Maßgeblicher Bestandteil** der neuen Friedensbewegung sind die GlobalisierungsgegnerInnen. Bereits nach den Protesten von Genua wurden sie von deutschen und europäischen PolitikerInnen für die Forcierung ihrer europäischen und deutschen Hegemonialambitionen benutzt.

Michael Müller, linker Sozialdemokrat und stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, sprach von einer »Zivilisierung der globalen Ökonomie«, um dann die Forderung aufzustellen, einer »Welt-Innenpolitik« ein »europäisches Gesicht« zu geben (TAGESSPIEGEL, 27.08.2001).

Deutlicher instrumentalisierte der in Frankreich gewählte Grünen-Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit die GlobalisierungsgegnerInnen für sein Projekt der EU-Weltherrschaft. GlobalisierungskritikerInnen bezeichnete er in einem Wiener Stadtmagazin als »kopflöse Idioten«, weil sie gegen den falschen Kapitalismus demonstriert hätten. Im taz-Interview (Überschrift: »Mit einer neuen EU gegen die USA«), unterscheidet er, »ob es sich um einen G8-Gipfel, ein Treffen der Welthandelsorganisation WTO oder einen EU-Gipfel handelt.« Die kopflösen IdiotInnen werden zur »Bewegung wenn nicht des Jahrhunderts so doch des Jahrzehnts«, wenn sie nur gegen Amerika demonstrieren.

»Dieses Europa könnte eine Alternative zu den USA sein. Im Grunde genommen ist das neoliberale Projekt geschichtlich durch die USA vertreten, mit einem trojanischen Pferd in der EU, das ist England. Wir müssen die Institutionen so stärken, damit wir mit diesem trojanischen Pferd fertig werden können und uns gleichzeitig als Gegengewicht zu Amerika definieren.« Der verdutzte taz-Interviewer vergewissert sich: »Das heißt also, ein guter Globalisierungskritiker ist ein guter Europäer?« Er hat Cohn-Bendit richtig verstanden. »Er muss ein radikaler Europäer sein. Ich will, dass wir uns als Europäer politisch und kulturell auch als Gegenmacht zu den USA verstehen.«

Im europäischen Block spielt natürlich das unter Rot-Grün zur kerneuropäischen Macht aufgestiegene Deutschland die Erste Geige: »Nach der Anerkennung der deutschen Rolle auf dem Balkan und auch im Nahen Osten muss die deutsche Außenpolitik jetzt die Gestaltung der Globalisierung in Anspruch nehmen.« (SPIEGEL 06.08.2001). Die deutsche Rolle auf dem Balkan war es, mit massiven militärischen Mitteln ein EU-Protektorat zu schaffen. Deutschland wird also nach dem Willen Cohn-Bendits, des

selbsternannten Kandidaten der EU-Grünen für das Amt des Kommissionspräsidenten, militärischer Gestaltungsfaktor der Globalisierung. Zu Ende gedacht würden deutsche Soldaten vielleicht im Nahen Osten gegen den Staat kämpfen, dessen überzeugendsten Notwendigkeitsbeweis die Deutschen vor nicht allzu langer Zeit selbst erbracht haben.

Der nach Äußerungen Cohn-Bendits fast schon zur Dramaturgie gehörende Aufschrei der Anständigen blieb in diesem Fall aus. Oft genug wurden seine außenpolitischen Testballons Monate oder Jahre später zur offiziellen Partei- und Regierungslinie.

Jetzt dauerte es nur Tage, bis sein alter Weggefährte, der deutsche Außenminister Joseph Fischer, grünes Licht gab: »Die zentrale Antwort heißt Europa«, ist seine politische Reaktion auf die GlobalisierungsgegnerInnen und Cohn-Bendits Hoffnung auf deutsche Hegemonie: »...brauchen wir die Vollendung der politischen Integration Europas. Ohne Europa werden wir niemals Gestaltungsfaktor werden.«

Wegen der erstmaligen Instrumentalisierung der GlobalisierungskritikerInnen sollte man den Instrumenten keinen allzu bösen Vorwurf machen. Mit der Einladung Cohn-Bendits als Redner auf ihren Kongress zeigen sie aber, dass der Verwendungszweck für europäische Hegemonialambitionen offensichtlich auch von ihnen selbst geteilt wird. Statt Cohn-Bendit für seine Instrumentalisierungsstrategie zu verurteilen, wird er auf den Kongress einer aufstrebenden Organisation reformorientierter Globalisie-



Ralf Eigler (Hrsg.):  
Kleines Islam-Lexikon.  
Geschichte Alltag Kultur.  
München:  
Verlag C.H. Beck 2001.  
335 S., ISBN 3-406-  
47556-6. 14,90 Euro

Neben der Glaubenslehre und -praxis des Islams beschreibt das Lexikon auch die Realität der islamischen Gesellschaft und Kultur. Außerdem erläutert es Recht, Sprachen, Literatur, Wirtschaft, Architektur und Kultur. Von A wie Abraham bis Z wie Zentralasien sind die Stichworte ohne Kapitel hintereinander angeordnet. Trotzdem ist das Lexikon nicht nur zum Nachschlagen, sondern auch zum normalen Lesen geeignet.

Bassam Tibi: Die neue Weltordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus.  
München: Econ Taschenbuch 2001. 440 S., ISBN: 3-548-75011-7. 8,45 Euro

Der Autor, selbst Angehöriger des Islam, beschreibt in diesem Buch nicht den Islam als Religion, sondern nur die Spielart des islamischen Fundamentalismus. Er hält den Islam selbst für eine tolerante Religion, die keinen Zwang ausübe. Die FundamentalistInnen verwendeten den Islam unberechtigt zu nichtreligiösen Zwecken. Dabei seien nicht die mordenden Terroristen die gefährlichsten AkteurInnen, sondern die Machtideologen, die keine Bomben werfen. Seine Erkenntnisse über den Fundamentalismus sind insgesamt lesenswert, auch wenn seine Grundthese nach einer Lektüre des Koran angezweifelt werden darf.

Henryk M. Broder: Warum wir die Amerikaner hassen. Spiegel Online 17.09.2001.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,157783,00.html> oder derselbe: Kampf der Kulturen. Nur nicht provozieren!  
<http://www.spiegel.de/0,1518,157553,00.html>

rungsgegnerInnen eingeladen. Nach dem 11. September sind zwar die anti-amerikanischen Sprüche der beiden Grünen-Politiker etwas verstummt, doch ihre Samen sind in der Zivilgesellschaft aufgegangen. Die Ernte ist zum Beispiel in der Erklärung der Jungen Europäischen Föderalisten zu den Attentaten zu betrachten: »Die Weltordnung, die in der Lage ist, Demokratie und Freiheit, Justiz und Wohlstand zu garantieren, wird nicht vom Himmel fallen. Und sie wird auch nicht einzig und allein aus den Vereinigten Staaten kommen. Es ist an der Zeit, dass wir Europäer Verantwortung übernehmen...«

Sogar der pazifistischen Kurve Wustrow wäre offenbar ein eigenständigeres Handeln der EU lieber: »Europa wird durch das gewagte Heranziehen des NATO-Bündnisfalles zum Vasallen der USA.« heißt es in ihrem Friedensrundbrief, in dem bezüglich Tschetschenien auch von »angeblichen Terroristen« geschrieben wird, die mit böser »staatlich monopolisierter Gewalt« bekämpft werden.

Die VeranstalterInnen des Kongresses der GlobalisierungsgegnerInnen betonen selbst nach den islamistischen Attentaten in den USA gebetsmühlenhaft, dass »vorneweg der Palästina-Konflikt sowie die neoliberale Globalisierung« für den Terror verantwortlich seien. Mit dem Verweis auf den »Palästina-Konflikt« nutzen viele Globalisierungsbewegte und FriedensdemonstrantInnen ein gefährliches Argument. Sie sehen das ihrer Meinung nach maßgeblich von Israel verursachte Elend der PalästinenserInnen als Ursache für die Kamikaze-Attentate auf israelische und US-amerikanische Menschen. Zuerst einmal wird mit einer solchen Argumentation jedem Terroristen posthum die Ehre zu Teil, ja doch für eine gerechte, verständnisvolle Sache gestorben zu sein. Das

**Verbrüderung mit  
völkisch-religiösen  
Bewegungen**

Versprechen, im Paradies 72 Jungfrauen zur Verfügung zu haben und der soziale Aufstieg jeder Attentäter-Familie in der palästinensischen Gesellschaft, sind überzeugende Motive für Selbstmordattentate. Kommt eine politische Würdigung aus der EU hinzu, dann ist das ein weiterer Ansporn, neue Attentate auszuführen, die anschließend ebenfalls wieder von manchen EU-Liniken in den Zusammenhang eines berechtigten Befreiungskampfes gestellt werden.

Vergessen wird dabei in der EU oft, dass die PalästinenserInnen im israelisch kontrollierten Areal bessere Menschenrechtsbedingungen genießen, als in den Gebieten der von den Terroristen mitgetragenen korrupten Autonomiebehörde.

»Kein Krieg für Öl und Israel« hieß es auf einem Transparent auf der großen Friedensdemo in Berlin am 13.10.2001. Anderswo wurden Menschen von einer Demonstration verwiesen, als sie ihre Solidarität mit Israel zum Ausdruck brachten. Ausgeschlossen wurde in Berlin (berechtigterweise) auch die NPD. Fragwürdig erscheint es dennoch, wenn die AntikriegsdemonstrantInnen behaupten: »Das Bündnis erklärt noch einmal ausdrücklich, dass es keine Berührungspunkte mit der NPD und anderen faschistischen Organisationen gibt.« Eine vielleicht etwas voreilige Aussage, wenn man manche gezeigten Transparente und geäußerten Meinungen genauer betrachtet. So viel Verständnis, wie man für das Anliegen vieler DemonstrantInnen haben muss, so kritisch muss man auch Positionen innerhalb der Friedensbewegung gegenüberstehen, die Inhalte von völkisch-religiösen »Freiheitskämpfern« unreflektiert überneh-

men und das Sicherheitsinteresse Israels ignorieren.

Die NPD wäre zwischen manchen antisemitischen, anti-amerikanischen und antizionistischen Parolen gar nicht negativ aufgefallen, hätten ihre Mitglieder Perücken statt Springerstiefel getragen und das Parteilogo nicht auf ihr Transparent geschrieben. NPD-Anwalt Horst Mahler erhielt seine RAF-Ausbildung einst in palästinensischen Lagern und ist ein lebendes Beispiel für die Vereinbarkeit des Antiamerikanismus und Antisemitismus von links und rechts.

**Gemeinsamer Feind:  
Homosexuelle und  
AtheistInnen**

Als falsch erwiesen hat sich glücklicherweise die Warnung vor einem »zum Kampf der Kulturen aufrufenden Mob«. Sie wurde unter anderem in einem Offenen Brief eines Linksradikalen an mich geäußert, der die einseitige Parteinahme für die Opfer der Terroranschläge in Israel und den USA kritisiert. Die Sorge um das friedliche Zusammenleben ist sicherlich richtig und sinnvoll, allerdings richtet sich der real-existierende Hass nicht primär gegen IslamistInnen.

Der »Clash of Civilizations« findet in der EU vor allem in die andere Richtung statt: Gegen die USA und Israel. Die Nachricht, dass am Wochenende nach den Flugzeugattentaten an der KZ-Gedenkstätte Dachau antisemitische und anti-amerikanische Parolen aufgetaucht sind, war den Medien kaum eine Meldung wert.

Die deutsche Bundesausländerbeauftragte Marieluise Beck setzt sich statt für eine Öffnung der Grenzen für MigrantInnen vor allem für die Öffnung der Gesellschaft für deren Religion ein und fordert die Ausprägung eines »eigenständigen europäischen Islam« (BERLINER MORGENPOST 29.09.2001). Auch die katholische Kirche will, dass Muslime in Deutschland »ihrem Glauben entsprechend« leben könnten, hieß es in einer

**Gesine Schwan:**  
Antiamerikanismus und demokratisches Bewusstsein in der Bundesrepublik von 1945 bis heute. in: vorgänge, Heft 2/2001, S. 23-32

**Presseerklärung Ilka Schröder 11.09.2001, 20:30 Uhr:**  
»Kamikazeflieger/USA-Nahost: Anschläge sind Beweis für Solidarität mit Israel«  
<http://www.ilka.org/presse/pms44.html>

**Der Koran.** Aus dem arabischen übertragen von Max Henning. Stuttgart: Reclam 1960:  
**Sure 4, 76:**  
Und so soll kämpfen in Allahs Weg, wer das irdische Leben verkauft für das Jenseits. Und wer da kämpft in Allahs Weg, falle er oder siege er, wahrlich, dem geben wir gewaltigen Lohn.

**Sure 4, 97:**  
Und nicht sind diejenigen Gläubigen, welche (daheim) ohne Bedrängnis sitzen, gleich denen, die in Allahs Weg streiten mit Gut und Blut. Allah hat die, welche mit Gut und Blut streiten, im Rang über die, welche (daheim) sitzen, erhöht. Allen hat Allah das Gute versprochen; aber den Eifernden hat er vor den (daheim) Sitzenden hohen Lohn verheißen.

**Sure 5, 37:**  
Siehe, der Lohn derer, welche Allah und seinen Gesandten befehlen und Verderben auf der Welt betreiben, ist nur der, daß sie getötet oder gekreuzigt oder an den Händen und Füßen wechselseitig verstümmelt oder aus dem Lande vertrieben werden. Das ist ihr Lohn hienieden und im Jenseits wird ihnen schmerzliche Strafe:

**Sure 5, 42:**  
Und der Dieb und die Diebin, schneidet ihnen ihre Hände ab als Lohn für ihre Taten. (Dies ist) ein Exempel von Allah, und Allah ist mächtig und weise.

Fotos: [www.henryk-broder.de](http://www.henryk-broder.de)



Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz.

Die Geistlichen des Islam wittern angesichts dieses Entgegenkommens Morgenluft und schlagen auf einem islamisch-christlichen Gipfel in Rom vor: »Im Namen des Glaubens sollten die beiden Religionsgemeinschaften den gemeinsamen Feind bekämpfen: die Ungläubigen, Atheisten und Materialisten.« Als Beispiele für den gemeinsamen Gegner wurde auch die Homosexualität und die Homosexuellen-Ehe erwähnt. Erhellend sind auch die auf diesem Gipfel gefallenen Worte von Yusuf Qaradawi, ägyptischer Sunna-Gelehrter: Wer kämpfend »seine Heimat und seine heiligen Stätten verteidigt, den nennen wir nicht Terrorist«, und »Oft ist der religiöse Extremismus Folge von antireligiösem Extremismus.« Schließlich zitiert er als entlastend gemeintes Argument den Koran: »Wer einen Menschen tötet, der seinerseits niemanden getötet oder Verderbnis in die Welt gebracht hat, ist, als hätte er die ganze Menschheit getötet.« (BERLINER ZEITUNG 05.10.2001). Mittels der im Koran sicherlich ebenfalls vorgenommenen Definition des Verderbnis ist es wohl nicht schwer, für jedeN der 6000 ermordeten US-AmerikanerInnen und jedes weitere Opfer des islamistischen Terrorismus etwas zu finden, mit dem er oder sie Verderbnis in die Welt gebracht habe.

Obwohl in allen islamischen Gottesstaaten der Hass gegen Israel deutlich ausgeprägt ist und islamistische Terroristen Rückhalt in der Bevölkerung und zum Teil in den Regierungen genießen, wäre es falsch, alle MuslimInnen pauschal als Terroristen anzusehen. Wenn der US-Präsident meint, Islam bedeute »Versöhnung«, so ist dies falsch. Islam bedeutet wörtlich »Unterwerfung« (unter Allah). Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder muss hinterfragt werden, wenn er kundtut, dass »dieser Anschlag nichts mit der Religion zu tun« habe. Über 200 Koranverse sind gegen Juden, Jüdinnen und ChristInnen gerichtet, 95 befehlen den Heiligen Krieg. Als Gottlose möchte ich mit diesem Hinweis keinesfalls das Christentum aufwerten, das ebenfalls eine blutige Geschichte hinter sich hat.

Nicht ganz falsch ist die Analyse der Friedensbewegung, dass die Politik der USA gegenüber dem islamistischen Terror zur Auswahl des Angriffsziels beigetragen hat. Die Europäische Union hat sich mit den IslamistInnen in letzter Zeit

besser verstanden. Sogar für palästinensische Schulbücher, in denen zum Hass gegen Israel aufgestachelt wird, fließt Geld aus der EU.

Es ist also kein Wunder, dass nicht die Europäische Kommission oder das Parlament in Brüssel Ziel der Kamikazeflieger wurde, sondern New York und das Pentagon. Statt aber die EU für ihren tendenziell terrorfördernden Kurs zu kritisieren, geht die Friedensbewegung mit den USA hart ins Gericht. Die amerikanische Islamismuspolitik macht es zugebenermaßen nicht leicht, den Feinsinn zu bewahren. Man kann den USA berechtigterweise vorwerfen, über ihren eigenen Geheimdienst CIA und den pakistanischen ISS beim Aufbau der Taliban-Vorläufer geholfen zu haben. Das habe auch ich wenige Tage nach dem Attentat getan, um die Perversität von Forderungen nach dem Ausbau von Geheimdiensten zu verdeutlichen.

Die Allianz gegen den Terror ist nun so breit, dass sie vordringlich in den eigenen Reihen nach islamistischen Terroristen und ihren Unterstützern suchen muss. Sie geht sogar soweit, dass das Anti-Terror-Bündnis die ebenfalls islamistische Nordallianz unterstützt. All das kann man kritisieren.

Der Vorwurf vieler AkteurInnen der EU-Friedensbewegung lautet aber gerade nicht, die USA hätten den Terror direkt gefördert, sondern sie hätten sich in der islamischen Welt zu unbeliebt gemacht. Daher seien die Anschläge verständlich und die Menschen in den USA die richtigen Opfer der Attentate. Statt Argumente vorzubringen, werden vor allem alte Kamellen des Antiamerikanismus wieder aufgewärmt, die in beiden deutschen Staaten gepflegt worden sind. Ein älterer Ostberliner spricht gegenüber Spiegel-TV aus, was die Volksseele denkt: »Als die Sache war am 11. September, da hatte ich Mitleid mit die Menschen dort in den Vereinten Staaten. Aber in meinem Hinterkopf hatte ich doch den 13. Februar 1945 in Erinnerung in Dresden.« Die Legitimierung der Terroranschläge mit der Bombardierung Dresdens durch US-Amerikaner wurde auch in zahlreichen Einträgen beim Mediennetzwerk Indymedia oder auf Friedenstransparenten vorgenommen: Mit dem Schild »Zuerst die Terroristen bestrafen, die Dresden, Hamburg... zerstört haben« brachte ein Friedensdemonstrant auf dem Berliner Alexanderplatz seine Gefühle über das Vorgehen der USA gegen Nazideutschland



Foto: Manuela Hartling

zum Ausdruck – auf einer Demo, die dem Augenschein nach nicht primär von Rechtsextremen besucht wurde.

Was vielen älteren MitbürgerInnen ihre Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus bedeutet, ist manchem jüngeren Friedensdemonstranten eine Überidentifizierung mit dem fremden Islamismus. Ein »Ministerium für die Überwachung der islamischen Moral und die Bekämpfung der Sünde« wäre für die eigene Lebenssituation wohl eher hinderlich, ist als Bestandteil der weltweiten multikulturellen Gesellschaft in Kabul aber ziemlich in Ordnung. Positionen zum Verbot, Frauen und Mädchen das Lesen und Schreiben beizubringen, zur Steinigung wegen des Kapitalverbrechens »Vorehelicher Geschlechtsverkehr« oder das Abschneiden von Gliedmaßen bei Kleinkriminellen finden in die Flugblätter der Friedensbewegung bisher kaum Eingang.

Religiöse und völkische »Befreiungsbewegungen« werden von vielen GlobalisierungskritikerInnen und Friedensbewegten als VorkämpferInnen der Ausgebeuteten der Welt wahrgenommen. Diese Verdrehung, die bis hinein in die Bundesregierung und fast in der gesamten Medienlandschaft mitgetragen wird, ist eine Beleidigung für alle, die wirklich für soziale Emanzipation kämpfen. Diese sozialromantische Verklärung lässt die wirkliche Ideologie der IslamistInnen außer acht.

Das alles ist kein Grund, den westlichen Kapitalismus nicht mehr zu kritisieren. Wer sich aber durch das islamistische Massaker in den USA besonders angeregt fühlt, die Opfer zu kritisieren, gerät in gefährliche Nähe eines Bekennerbriefschreibers von Bin Laden. Für große Teile der europäischen Friedensbewegung stünde es an, ihren Beitrag zur aufkommenden Hegemonie der EU und zum Erstarken des islamistischen Terrorismus in den palästinensischen Gebieten und anderswo zu reflektieren.

#### Sure 8, 40:

*Und kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt. Stehen sie ab, siehe, so sieht Allah ihr Tun;*

#### Sure 9, 124:

*Oh ihr, die ihr glaubt, kämpfet wider die Ungläubigen an euren Grenzen, und wahrlich, lasset sie Härte in euch verspüren. Und wisset, daß Allah mit den Gottesfürchtigen ist.*

#### Sure 47, 4:

*Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt; dann schnüret die Bande;*

#### Sure 55,46:

*Für den aber, der seines Herrn Rang gefürchtet, sind der Gärten zwei.*

#### Sure 55, 56:

*In ihnen sich keuschblickende (Mädchen), die weder Mensch noch Dschänn zuvor berührte.*

#### Sure 56, 12:

*In den Gärten der Wonne.  
22. Und großäugige Härts gleich verborgenen Perlen  
23. Als Lohn für ihr Tun.  
24. Sie hören kein Geschwätz darinnen und keine Anklage der Sünde;  
25. Nur das Wort: »Frieden! Frieden!«  
26. Und die Gefährten der Rechten – was sind die Gefährten der Rechten? (selig!)*